

# Multilaterale Akzente

## Editorial

Im Rahmen der Verhandlungen über eine Nachfolgeagenda für die 2015 auslaufenden Millenniumsentwicklungsziele strebt die Staatengemeinschaft einen Paradigmenwechsel an. Die zukünftigen Sustainable Development Goals (SDGs) sollen über Armutsbekämpfung hinausgehen, hin zu einer universellen Agenda, welche soziale und wirtschaftliche Entwicklung mit ökologischer Nachhaltigkeit kombiniert und für alle Länder gültig ist. Mit dem breiteren Fokus der SDGs und der universellen Gültigkeit verändert sich auch das Spektrum der Akteure, welche diese SDGs zusammen erreichen sollen.

Der Privatsektor, der weltweit 90 Prozent der Arbeitsplätze bereitstellt, wird hier eine zentrale Rolle spielen. Die DEZA und das SECO, die seit vielen Jahren eng mit dem Privatsektor in den Entwicklungsländern zusammenarbeiten, können ihre Erfahrungen und ihr Wissen in die internationalen Finanzinstitutionen und in die für die Schweiz prioritären UNO-Organisationen einfließen lassen.

Die Zusammenarbeit mit den multilateralen Organisationen und den Akteuren des Privatsektors beruht auf drei Schwerpunkten: erstens auf der *Förderung des lokalen Privatsektors*, namentlich durch die internationalen Finanzinstitutionen und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Ziel ist es, für die lokalen Unternehmen geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, insbesondere in den ärmsten Ländern. Zweitens geht es um *Partnerschaften* zwischen den multilateralen Organisationen und den Unternehmen, die zur Umsetzung von Entwicklungszielen beitragen sollen. Schliesslich unterstützt die Schweiz Initiativen wie den UN Global Compact, die sich für eine *nachhaltige Unternehmensführung* einsetzt.

OLIVIER BÜRKI  
DANIEL BIRCHMEIER

## Erfolgreiche Partnerschaften

### Multilaterale Zusammenarbeit und Privatwirtschaft: das Beste beider Welten?

**PERSPEKTIVE** In keinem Bericht und keiner Strategie zur multilateralen Zusammenarbeit fehlt heute der Hinweis auf die zentrale Rolle der Privatwirtschaft für die Entwicklung und die Armutsbekämpfung. Partnerschaften mit klaren Regeln sind von beiden Seiten erwünscht. Doch inwiefern profitieren die ärmsten Länder?

Als der britische Schokoladenhersteller Cadbury alarmierende qualitative und quantitative Einbussen beim Kakao aus Ghana feststellte, beschloss das Unternehmen zu handeln. Die Ausgangslage: bescheidene Erträge, eine desolate Infrastruktur und zu wenig Kredite für Kakaoanbauern. Der Kakaoanbau war für die Jungen wenig attraktiv, und das Alter der Bäume und der Bauern verhies für die Zukunft nichts Gutes. Deshalb lancierte Cadbury 2008 Ausbildungs- und Hilfsprogramme für die Produzenten. Ziel war es, deren Einkommen zu erhöhen, den Kakaoanbau langfristig attraktiver zu machen und gleichzeitig Hunderte von lokalen Gemeinschaften zu unterstützen. Einbezogen wurden auch die übrigen öffentlichen und privaten Akteure, die Zivilgesellschaft und das UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP). Dieses präsentiert die Partnerschaft heute als gelungenes Beispiel für seine Initiative zur Förderung integrativer Märkte (Growing Inclusive Markets). Unter integrativ versteht das UNDP einen Markt, der die Armen in die Wertschöpfungskette integriert – als Konsumenten, Produzenten, Eigentümer oder Mitarbeitende von Unternehmen.

Die Firma Cadbury, die 2010 von Mondelez International aufgekauft wurde, wird während zehn Jahren insgesamt 70 Millionen US-Dollar für das Projekt



**Ziel von Inklusiven Märkten ist die Integration von armen Produzenten und Konsumenten in Wertschöpfungsketten.**

Foto: UN/Rozberg.

aufwenden. Für Ghana geht es um viel, machten die Kakaoexporte 2012 doch 22,5% des Werts der Ausfuhren aus. Für Cadbury stand nicht weniger auf dem Spiel: Ghana gehört zu den weltweit grössten Lieferanten, und das Unternehmen sichert sich so langfristig einen qualitativ hochwertigen Rohstoff. Kritische Stimmen monieren, dass Cadbury aus reinem Eigeninteresse handle. Der Zweck von Partnerschaften mit dem Privatsektor besteht jedoch genau darin, einen kommerziellen Ansatz so in die nachhaltige Entwicklung zu integrieren, dass alle Beteiligten profitieren.

### Drei Handlungsachsen für die Schweiz

Dieses Beispiel mag als seltener Idealfall erscheinen. Doch der Beitrag der Privatwirtschaft zur Entwicklung ist auch angesichts der auslaufenden Millenniumsentwicklungsziele (MDG) immer häufiger ein Thema. Derzeit werden die Ziele festgelegt, die Ende 2015 die MDG ablösen sollen (siehe *Multilaterale Akzente* Nr. 10). Hier hat die Privatwirtschaft, die in den MDG gar nicht erwähnt wurde, einen wichtigen Platz.



**In armen Ländern ist der Privatsektor, wie hier in Timor-Leste, oft informell organisiert.**

Foto: BM/Alex Baluyut.

Mit Budgetkürzungen in den Geberländern und entsprechend geringeren Ressourcen der multilateralen Organisationen allein ist das Interesse an der Unternehmenswelt nicht zu erklären. Unbestritten ist, dass zur Beseitigung der Armut Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Dabei führt kein Weg an der Privatwirtschaft vorbei. Armutsreduktion und nachhaltige Entwicklung sind für die multilateralen Akteure zudem so prioritär, dass sie den Einbezug aller Teile der Gesellschaft und namentlich die Innovationskraft der Wirtschaft als unverzichtbar erachten. Schliesslich kann eine Partnerschaft mit multilateralen Akteuren Unternehmen dazu bringen, ihre soziale und ökologische Verantwortung vermehrt wahrzunehmen.

Die Schweiz beteiligt sich an diesem internationalen Reflexionsprozess und trägt die Ergebnisse mit. Sie hat für die multilaterale Arbeit drei Handlungssachen gewählt, die ein breites Spektrum abdecken: öffentlich-private Partnerschaften, Unterstützung von Unternehmen in den Empfängerländern und soziale Verantwortung von Unternehmen.

### Partnerschaften heute

Die Annäherung zwischen Privatwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit über das blossere Bereitstellen von Waren und Dienstleistungen hinaus ist nicht neu. In der Weltbankgruppe widmet sich die Internationale Finanz-Corporation (IFC) seit 1956 den Beziehungen mit der Wirtschaft. «2014 wird die IFC zur Bekämpfung der extremen Armut mehr als 22 Milliarden US-Dollar in rund hundert Ländern bereitstellen», sagt Gregor Pfeifer,

Kommunikationsleiter für Partnerschaften in Subsahara-Afrika. Das UNDP befasste sich 2007 in seiner Strategie für den Privatsektor mit der Frage, was dieser zu den MDG beitragen kann. Skizziert sind die groben Züge der Zusammenarbeit für Aktivitäten und Märkte, technische Unterstützung, Aufbau der lokalen Kapazitäten usw.

### Die Überarbeitung der Strategie

brachte 2012 eine Neuausrichtung: Sie trägt der Entwicklung in den Empfängerländern Rechnung, die trotz der Wirtschaftskrise von 2008 ein Wachstum verzeichneten. «Die Entwicklungsländer sehen die Auslandshilfe immer mehr als kurzfristige Lösung und Unterstützung für eine Wirtschaft und eine Entwicklung, deren Motor die Privatunternehmen sind.» UNO-Konferenzen wie Busan zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe (2011) oder Rio+20 über nachhaltige Entwicklung (2012) bestätigten diesen Trend. Die Frage lautet somit nicht mehr, ob eine Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft notwendig ist, sondern wie diese aussehen soll.

### Roadmap der Unternehmen

Gleichzeitig bekunden immer mehr international tätige Unternehmen aus Ländern des Nordens und des Südens ihren Willen, sich für eine nachhaltige Entwicklung zu engagieren und enger (oder besser) mit den multilateralen Akteuren zusammenzuarbeiten, sei es global oder lokal. Die Beweggründe sind vielfältig, die Unternehmen verlagern ihren Schwerpunkt vom «do no harm» zum «do good». Sie begnügen sich also nicht mehr damit, keinen Schaden anzurichten, sondern wollen Positives bewirken.

«Die Unternehmen sind sich bewusst, dass sie für Erfolg und Wachstum auf eine prosperierende, nachhaltige Gesellschaft angewiesen sind.» Es besteht eine «Konvergenz», wie es UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon im September 2013 nannte, als er die «Architektur für das Unternehmensengagement nach 2015» vorstellte. Das Dokument des Global Compact der UNO (siehe Interview Seite 5) ist eine Roadmap für Unternehmen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung mit Ideen des Privatsektors für die Entwicklungsagenda nach 2015. Sie propagiert ein «fares Wirtschaftswachstum» und weist darauf hin, wie wichtig Fragen im Zusammenhang mit Wasser, Hygiene, Energie, Ernährung oder Gesundheit sind – kurz: das gesamte Argumentarium einer Entwicklungsagentur. Kürzlich lancierte der Global Compact die Website «Business Partnership Hub» als Plattform für Partnerschaften zwischen UNO und Privatwirtschaft. Die Seite listet die Bereiche auf, in denen Unternehmen Projekte finden oder vorschlagen können.

Dass die faire Geschäftstätigkeit der Privatunternehmen auf Freiwilligkeit beruht, stösst auch auf Kritik. Umso mehr, als gewisse Unternehmen, die den Global Compact unterzeichnet haben, im Verdacht stehen, Menschenrechte zu verletzen oder die Umwelt zu schädigen. Die hochrangige Gruppe, die Ban Ki-moon für die Ziele der Post-2015-Agenda berät, empfiehlt ausserdem, die Anforderungen an die Berichte der Unternehmen zur Nachhaltigkeit zu verschärfen.

Gemäss einem Dokument des UNO-Bevölkerungsfonds (UNFPA) sind die grösste Herausforderung der öffentlich-privaten Partnerschaften die unterschiedlichen Philosophien der beiden Welten, mangelndes Vertrauen, Missverständnisse oder sogar gegenseitiges Misstrauen. Häufig übernehmen multilaterale Organisationen die Aufgabe, beide Seiten so zu beraten, dass sie Lösungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung finden.

Die DEZA orientiert sich für ihre Beziehungen mit Unternehmen an der 2013 erarbeiteten institutionellen Position. Das SECO hat vor kurzem einen Ansatz zur Partnerschaft mit der Privatwirtschaft veröffentlicht. «Das SECO arbeitet seit 20 Jahren erfolgreich mit der Privatwirtschaft zusammen», erklärt



Liliana de Sá Kirchknopf, Leiterin Privatsektorförderung beim SECO. «Das Parlament forderte eine engere Zusammenarbeit mit dem Privatsektor. Das neue Dokument beschreibt die Arbeit des SECO anhand konkreter Beispiele.»

### Partnerschaften mit variabler Geometrie

In Institutionen, die diese Zusammenarbeit noch kaum kennen, insbesondere in der UNO, sorgte die Annäherung an den Privatsektor für einiges Stirnrundeln, und es braucht eine verstärkte Abstimmung. Sind die Ziele der beiden Seiten wirklich vereinbar? Verkauft man damit nicht seine Seele dem Teufel? Nichtregierungsorganisationen (NGO) sind eher zurückhaltend. Für Peter Niggli, Geschäftsleiter von Alliance Sud, «ist es wichtig, dass auf die Grundsätze der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit<sup>1</sup> abgestellt wird. Privatinvestitionen müssen sich in eine nationale Politik einfügen, sonst bewirken sie nichts. Manche Länder sind zu einer solchen Politik nicht in der Lage.»

Partnerschaften können verschiedene Form annehmen, von Finanzierungen über die Bereitstellung von Material bis zu Schulungen und dem Einsatz lokaler Arbeitskräfte in der Produktions- oder Verarbeitungskette. Die multilateralen Akteure können unterschiedlich stark einbezogen werden. Die auf Wunsch von Ban Ki-moon lancierte Plattform «Every Woman Every Child» zum Beispiel begleitet die Umsetzung der globalen Strategie für die Gesundheit von Frauen und Kindern. Sie koordiniert die Aktivitäten von vier UNO-Organisationen (UNAIDS, UNICEF, UN Women, WHO), der Weltbank und rund 600 Partnern (NGO, Geber, Privatsektor usw.). «Die Plattform hat dem Thema der Mutter-Kind-Gesundheit die notwendige Aufmerksamkeit verschafft, die vorher fehlte», freut sich Nana Taona Kuo, Senior Manager der Plattform. Eine Expertengruppe erstattet dem Generalsekretär Bericht über die Fortschritte der Strategie. UN Women hat die Kontakte mit den Unternehmen 2011 in das Führungskonzept integriert. «Uns interessiert nicht nur die Finanzierung, sondern welche Botschaft

<sup>1</sup> Die 2005 unterzeichnete Erklärung von Paris sieht vor, dass die Empfängerländer eigene Strategien zur Armutsreduktion und Korruptionsbekämpfung erarbeiten, dass die Geberländer sich an diesen Strategien orientieren und ihre Aktivitäten harmonisieren und dass die beiden Parteien auf ein Ergebnis hinarbeiten, für das sie gemeinsam verantwortlich sind.



Paul Polman (links), CEO von Unilever, und Kanayo F. Nwanze, Vorsitzender des IFAD, unterzeichnen ein Memorandum of Understanding. Rom, 20. Februar 2014.

Foto: FIDA/Giulio Napolitano.

Unternehmen vertreten, um unser Engagement bekannt zu machen», erklärt Tunay Firat, Spezialistin für Partnerschaften mit dem Privatsektor in der Organisation. UN Women verfügt seit Juni 2014 über einen Beirat, dem zehn Führungskräfte von internationalen Konzernen angehören und der zweimal jährlich tagen wird. «Bei einer Partnerschaft müssen sich die Unternehmen an unseren Prioritäten orientieren, nicht umgekehrt. Ausserdem führen wir detaillierte Nachforschungen zu den interessierten Unternehmen durch, und wir setzen auf strenge Regeln, um Reputationsrisiken zu vermeiden.»

Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) arbeitet mit Partnerschaften vor Ort. Vor kurzem unterzeichnete er eine Vereinbarung mit dem multinationalen Konzern Unilever über den Marktzugang von Landwirtschaftsproduzenten in Entwicklungs- und Schwellenländern. «Eine nachhaltigere Landwirtschaft muss den Marktbedürfnissen Rechnung tragen», sagt Nicole Carta, Mitglied des Leitungsgremiums für Partnerschaften mit dem Privatsektor beim IFAD. «Ein Grossteil unserer Arbeit besteht darin, zu überprüfen, dass die lokalen Händler fair behandelt werden; wir schliessen aber nicht die Verträge ab. Die Unternehmen bitten uns auch um Rat bei Fragen zu Themen wie Frauen oder indigene Bevölkerung.» Besteht nicht die Gefahr, dass man damit wieder zu einer gebundenen (wenn auch privaten) Hilfe zurückkehrt, die früher so kritisiert wurde? «Diese Frage stellt sich, und wir müssen für möglichst grosse Transparenz sorgen», ist sich Nicole Carta bewusst.

«Wir halten es aber für sinnvoller, Beziehungen zum Privatsektor zu pflegen, als ihn zu ignorieren».

### Lokale Privatwirtschaft

Die multilaterale Unterstützung für den Privatsektor in den Entwicklungsländern, namentlich den ärmsten, gehört zu den wichtigsten Handlungsachsen der Schweiz. Die Logik der Investoren ist einfach: Ist das Risiko zu gross, schrecken sie vor einem Engagement zurück. «Bei hohen Risiken braucht es einen riesigen Gewinn, damit es sich für Firmen lohnt», erklärt Luca Etter, Programmbeauftragter bei der Abteilung Globale Institutionen der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA). «Aus diesem Grund konzentrieren sich die Privatinvestoren in den ärmsten Ländern häufig auf die Rohstoffindustrie.» Eine Form der Unterstützung besteht deshalb in Mechanismen, die dafür sorgen, dass die Risiken sinken und die Aussicht auf einen angemessenen Gewinn bestehen bleibt. Dies fördert Investitionen in anderen Sektoren, die sich positiver auf die lokale Wirtschaft auswirken.

Die Unterstützung des lokalen Privatsektors erfolgt auch über gute Rahmenbedingungen. In Sierra Leone zum Beispiel hat der UNO-Kapitalentwicklungsfonds (UNCDF), der sich auf die ärmsten Länder konzentriert, zum Aufbau von KMU im Distrikt Tonkolili beigetragen, indem er den lokalen Behörden half, eine geeignete Strategie zu erarbeiten (Dezentralisierung, Planung, Investitionen usw.). Die meisten Unternehmen in armen Ländern sind KMU, vor allem im informellen Sektor. Die Schweiz unterstützt den UNCDF über das UNDP. ■

## Gouvernanz und soziale Verantwortung, zwei Seiten einer Medaille



Herstellung von Stühlen aus Fiberglas in Bangladesch. Der Privatsektor trägt zur Entwicklung bei, solange er soziale Verantwortung übernimmt und gute Arbeitsbedingungen bietet.

Foto: Weltbank/Shehzad Noorani.

**ANALYSE** In Ländern mit einem schwachen oder im Übergang befindlichen Gouvernanzsystem wird der Privatsektor häufig von der lokalen Elite zur persönlichen Bereicherung missbraucht, sei es durch Absprachen, Korruption oder Vetternwirtschaft. Auch international tätige Unternehmen verhalten sich in solchen Ländern oftmals nicht rechtschaffen, da es kaum Überwachung gibt und die Regierung nicht im Stande ist, Gesetze und Regeln umzusetzen und einzufordern.

Dabei ist eine integre Geschäftsführung eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass der Privatsektor nachhaltig zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen kann. Nur so kann sie Wachstum ermöglichen und die Voraussetzungen für einen funktionierenden Finanzmarkt schaffen, was gleichzeitig die Wirtschaft weniger krisenanfällig macht. Gute Unternehmensführung auf lokaler Ebene sorgt in Kombination mit guter Regierungsführung für ein Klima des Vertrauens, was Investitionen aus dem Ausland förderlich ist.

Das Fundament der Corporate Governance schuf 1999 die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung (OECD). Die Grundsätze richteten sich ursprünglich an die OECD-Mitgliedsländer. Inzwischen gelten sie als Massstab für Unternehmen, Regierungen, Investoren und andere Akteure. Die Grundsätze behandeln Themen wie Transparenz, Aktionärsrechte, Integrität der Aufsichtsorgane usw. 2010/11 veröffentlichte die OECD zusätzliche Leitsätze für multinationale Unternehmen mit Empfehlungen für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln.

### Gute Regierungsführung

Gute Regierungsführung trägt zur Entwicklung des Privatsektors bei, indem sie die erforderlichen Rahmenbedingungen schafft. In etlichen Ländern sind die gesetzlichen Bestimmungen jedoch lückenhaft oder sie werden ungenügend angewandt. Über die Internationale Finanz-Corporation (IFC), eine Gesellschaft der Weltbankgruppe zur Förderung des Privatsektors in weniger entwickelten Ländern, unterstützt die Schweiz Programme in den Bereichen wirtschaftliche Gouvernanz, Konsolidierung von Institutionen, Wettbewerbsfähigkeit und Chancengleichheit. Dabei geht es auch um den Ausbau der Geschäftsstandards entlang der gesamten

Wertschöpfungskette, der Führungsfähigkeiten im öffentlichen Dienst und des Verbraucherschutzes. Solche Interventionen erfolgten beispielsweise in Ghana, Indonesien, Peru und Vietnam. «Es gelten sehr strenge Bedingungen. Unsere implizite Botschaft lautet: Ein profitabler Privatsektor, der sich an die Standards hält, ist möglich», erklärt Lukas Schneller, stellvertretender Leiter des Ressorts Privatsektorförderung im SECO.

### Verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln

Dass ein Unternehmen nicht offen zu seiner «sozialen Verantwortung» steht, ist heute ein kommunikationstechnisches No-Go. Was der Begriff genau abdeckt, ist allerdings oft nicht ganz klar. Streng genommen besagt er, dass ein Unternehmen die wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimension seiner Tätigkeit gleichermassen berücksichtigt. Anders ausgedrückt: Das Unternehmen hält sich an die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung. Immer mehr Unternehmen sind sich der Bedeutung dieses Aspekts bewusst.

Soziale Verantwortung widerspiegelt sich in der selbst auferlegten Verpflichtung, seine Geschäftstätigkeiten auch zum Vorteil der Gesellschaft auszuüben – oder zumindest nicht zu deren Nachteil. Der UN Global Compact (siehe Interview auf S. 5) ist eine umfassende Initiative, bei der sich Unternehmen verpflichten, universell gültige Prinzipien in Bereichen wie Menschenrechte, Umweltschutz oder Arbeitsnormen einzuhalten. Sie können in diesem Rahmen auch Best Practices austauschen.

In der Praxis gibt es allerdings noch viel zu tun. Beispiele von Unternehmen, die gegen Sicherheitsvorschriften verstossen, minimale Löhne bezahlen oder die Umwelt verschmutzen gibt es zu Genüge. Auch das «Reporting» in Sachen soziale Verantwortung ist mangelhaft. Eine Publikation des Capital Institute zitiert eine Bloomberg-Studie, gemäss der lediglich 24 % der rund 20 000 befragten Unternehmen in ihrem Geschäftsbericht einschlägige Angaben machten, die ausserdem fast ausnahmslos unzureichend waren. «Eine freiwillige Berichterstattung zur sozialen Verantwortung funktioniert schlicht nicht», folgert



Steve Waygood, Leiter Nachhaltigkeitsforschung bei Aviva Investors, im genannten Artikel.

### Die Schweiz und der UN Global Compact

Der UNO-Menschenrechtsrat setzte 2005 einen Sonderbeauftragten für Menschenrechte und «transnationale Konzerne und andere Wirtschaftsunternehmen» ein. Seine Empfehlungen wurden namentlich von der OECD sowie von der IFC übernommen. Im Juni 2014 forderte eine vom Menschenrechtsrat verabschiedete Resolution zum ersten Mal die Erwägung zwingender Massnahmen für Unternehmen.

Ein Vorteil des UN Global Compact ist, dass er eine konfliktfreie Plattform für Gedanken und Anregungen zur sozialen Unternehmensverantwortung bietet und in diesem Sinne als Ideen-Pool für künftige Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele dient. Die Schweiz befürwortet eine Ausdehnung des UN Global Compact auf die Staaten des Südens, namentlich Afrika, sowie eine Stärkung seiner Rolle im System der Vereinten Nationen.

Die DEZA arbeitet gemeinsam mit dem Schweizer Netzwerk des UN Global Compact an einem Forum für den Dialog und den Austausch über freiwillige und verbindliche Massnahmen für Geschäftstätigkeiten schweizerischer Unternehmen im Ausland, vorab in Ländern mit fragilem Kontext und unter Einhaltung der Prinzipien des UN Global Compact.

Die Schweiz engagiert sich ausserdem seit über zehn Jahren im Rahmen der Weltbankgruppe bei der Erarbeitung und der Umsetzung der «Equator Principles» (Umgang mit sozialen und ökologischen Risiken bei internationalen Projektfinanzierungen). Schliesslich unterstützt das SECO eine OECD-Studie zum Finanzsektor auf der Basis von Vorarbeiten der «Thun Group of Banks» (Verpflichtung international tätiger Banken, inkl. Schweizer Banken, zur Einhaltung der UNO-Richtlinien bezüglich Unternehmen und Menschenrechte). |||

## UN Global Compact

# «Die Wirtschaft ist der Antrieb der Entwicklung»

**INTERVIEW** Georg Kell leitet den Global Compact («Globaler Pakt») der Vereinten Nationen seit dessen Anfängen im Jahr 2000. Er ist der wichtigste Initiator des Pakts und gab auch den Anstoss zu weiteren verwandten Initiativen, wie den Grundsätzen für verantwortungsvolle Investitionen (Principles for Responsible Investments, PRI) und den Grundsätzen für die Ausbildung zu verantwortungsvollem Management (Principles for Responsible Management Education, PRME). Der deutsche Ökonom und Ingenieur ist überzeugt, dass es



keine nachhaltige Entwicklung geben kann ohne eine enge Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor.

**Inwiefern lohnt sich eine öffentlich-private Partnerschaft, wie sie der Global Compact vorschlägt, für ein Unternehmen?**

Die Welt hat sich grundlegend verändert. Der technologische Wandel und die Liberalisierung der Märkte haben eine globale Wirtschaft geschaffen. In diesem globalisierten Umfeld wird den Unternehmen zunehmend bewusst, dass die Probleme der Öffentlichkeit – Wasser, Umwelt, Sicherheit usw. – auch ihre Probleme sind. Und dass sie ein Interesse daran haben, sich aktiv an der Lösungssuche zu beteiligen. Ihr primäres Interesse ist also die Risikominderung. Ausserdem wollen sie Wachstumschancen nutzen, neue Märkte erschliessen. Schliesslich erwarten die Konsumenten heute, dass Unternehmen verantwortungsvoll handeln. Und die Firmen ihrerseits wollen keine Negativ-Stories mehr, die ihrem Image schaden. Mit dem Beitritt zum Global Compact bekunden die Unternehmen öffentlich ihr Engagement für eine nachhaltige Entwicklung und sie lernen, besser mit Risiken umzugehen.

**Trotzdem gibt es immer wieder Skandale...** Stimmt, das ist ein stetiger Kampf. Es gibt Fortschritte, aber es ist ein langsamer Prozess. Vor allem die

Korruptionsbekämpfung, das 10. Prinzip des Global Compact. Wobei erwähnt sei, dass es vor zehn Jahren noch gar keine Massnahmen zur Korruptionsbekämpfung gab! Dieses Jahr, zu unserem 10. Jubiläum, räumen wir dem Thema Priorität ein. Bis zum 10. Dezember wollen wir 1000 Unternehmen dazu bringen, einen spezifischen Appell (Call to Action) an die Regierungen zu unterzeichnen. Dieser enthält unter anderem die einfache Forderung, dass alle öffentlichen Vergabeverfahren... wirklich öffentlich sein sollen!

**Wie bringt man private Unternehmen dazu, in armen Ländern zu investieren? Nicht nur im hochlukrativen Bergbausektor?**

Ich zweifle schon lange daran, dass die Entwicklung armer Länder einzig durch Hilfe gefördert werden kann. Natürlich braucht es Bildung und Gesundheitsversorgung. Doch der Antrieb der Entwicklung ist die Wirtschaft. Ohne Unternehmen gibt es keine Entwicklung. Es braucht gesunde Konkurrenz, es braucht Firmen, die investieren, die Erfolg haben und die verantwortungsvoll handeln. Und es gibt sie, das ist ermutigend! Unternehmen investieren zunehmend in Marktöffnung.

**Besteht bei öffentlich-privaten Partnerschaften nicht das Risiko, dass Unternehmen die Entwicklungspolitik mitbestimmen wollen? Wo setzt man der Einflussnahme Grenzen?**

Die Frage steht im Raum. Es gibt bereits eine Machtverschiebung hin zum Privatsektor. Firmen schaffen Arbeitsplätze. Aufgabe des öffentlichen Sektors ist es, den Rahmen zu schaffen. Jedes Land muss da seine eigenen Lösungen finden. Ich mache mir aber nicht allzu viele Sorgen. Es kommt nicht so sehr auf die Kontrolle der Macht, sondern auf die Ergebnisse an. Man muss sehen, wer was bietet: Die Privatwirtschaft hat das Knowhow, die konkreten Lösungen. Sie weiss, «wie es geht». «Was» zu tun ist soll aber die öffentliche Hand bestimmen. Sie ist es, die dem Ganzen eine Legitimität geben kann. Die beiden ergänzen einander.

### Wie lässt sich sicherstellen, dass die Unterzeichnung des Global Compact für die Unternehmen mehr ist als eine bloss PR-Übung?

Die CEOs unterzeichnen eine Verpflichtung: Sie müssen jedes Jahr Bericht erstatten über die Fortschritte ihres Unternehmens in den Bereichen Menschenrechte und Arbeitsrecht, Umwelt und Korruptionsbekämpfung. Tun sie es nicht, werden sie vom Pakt ausgeschlossen. Wir mussten 4000 Unterzeichner (alle Einheiten, nicht nur Unternehmen, Anm. d. Red.) streichen, weil diese Anforderung nicht erfüllt wurde. Diese Berichterstattung (Reporting) ist wichtig. Diesbezüglich bin ich optimistisch, obschon das Instrument nicht perfekt ist. Zunächst weil die Informationen für die lokalen Gemeinschaften und die Investoren immer leichter verfügbar sind. Das Bewusstsein für die Bedeutung des Reportings wächst. Fortschritte gibt es auch auf Regierungsebene: Die Europäische Union etwa will alle grossen

börsenkotierten Unternehmen verpflichten, solche Informationen offenzulegen. Es wird also immer mehr Unternehmen geben, die dies tun. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

### Werden Sie die Anforderungen für die Unterzeichnenden erhöhen, wie das ein hochrangiges Gremium der UNO empfiehlt?

Wir wollen erreichen, dass dieses Reporting zum Standard wird. Heute ist dies bei rund 6000 börsenkotierten Unternehmen der Fall. Gemessen an den weltweit 50 000 ist das noch wenig. Was machen die übrigen 44 000? Wir bemühen uns, immer mehr von ihnen ins Boot zu holen. Wir wollen aber auch die Qualität des Reportings verbessern. Mittelfristig sollen sämtliche Tätigkeiten der einzelnen Unternehmen in den Prozess Eingang finden. Und warum nicht die ganze Zulieferkette? Der Schwachpunkt sind die Konsumenten. Ob im Norden, Süden, Osten oder Westen – Konsumenten handeln in der Regel egoistisch.

Wir müssen vermehrt auf dieser Ebene ansetzen und die Menschen zu einem bewussteren Verhalten bewegen.

### Welche Erwartungen, Hoffnungen, Visionen haben Sie für die nächsten fünfzehn Jahre?

Ich erhoffe mir Frieden und den Erhalt einer multilateralen Welt. Die populistischen, nationalistischen und extremistischen Strömungen machen mir Sorge. Ich fürchte, dass der Multilateralismus bröckelt. Seine Aushöhlung empfinde ich als die grösste Gefahr für Frieden und Wohlstand. Zudem wünsche ich mir, dass sich Offene Märkte als grundlegendes Wirtschaftskonzept durchsetzen. Ich sehe dunkle Wolken des Protektionismus aufziehen. Schliesslich hoffe ich, dass die Welt und die Menschen – der Konsument, dieser schlafende Riese – einsehen, dass wir unsere Wachstumskriterien überdenken müssen. Dass das Glück nicht nur in der Menge und im Konsum zu finden ist. ■

## Schweizer Expertise für den Balkan

Entwicklungs- und Schwellenländer sind besonders stark vom Klimawandel betroffen. Die Konsequenzen sind in Form von Naturkatastrophen immer stärker spürbar. Innovativen Katastrophenrisikoversicherungen kommen deshalb im Nachgang an solche Naturkatastrophen eine zentrale Bedeutung zu.

Das SECO unterstützt deshalb das Weltbank-Projekt *South East Europe Catastrophe Risk Insurance Facility* (kurz: SEEC CRIF), mit dem Ziel, im Westbalkan (Albanien, Mazedonien und Serbien) moderne Katastrophenrisikoversicherungen gegen Hitze, Dürre, Überschwemmungen und

Erdbeben einzuführen. Die verheerende Flutkatastrophe im Frühsommer 2014, welche in Bosnien und Serbien Schäden in der Höhe von rund CHF 2 Milliarden verursacht hat, unterstreicht deutlich die Bedeutung von innovativen Versicherungslösungen. Sowohl die Regierungen in Belgrad und Sarajevo wie auch die internationale Gebergemeinschaft hoben die Wichtigkeit der Marktentwicklung im Bereich Katastrophenrisikoversicherungen hervor. Als Versicherungsgesellschaft wurde die EuropaRe mit Sitz in der Schweiz aufgebaut. Die Kapitalisierung der Versicherungsfazität wurde mittels

einem Weltbankdarlehen finanziert. Das SECO beteiligte sich finanziell an der Entwicklung der Versicherungsprodukte sowie deren Vertriebsplattform.

Die Versicherungsprodukte basieren auf dem aktuellsten Stand der Risikomodellierungstechnik und werden über eine innovative Onlineplattform vertrieben. Lokale Versicherungsfirmen können mit Hilfe dieser Onlineplattform die Primärversicherungen anbieten und verkaufen, während die Rückversicherung über EuropaRe abgewickelt werden kann. Nachdem die EuropaRe im Dezember 2013 die Rückversicherungslizenz erhalten hat, kann der Verkauf der Versicherungsprodukte lanciert werden. Nun gilt es die Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren und die neuen Produkte bekannt zu machen, welche speziell auf kleinere Versicherungskunden ausgelegt sind. Dank der Abwicklung des Angebots über das Internet, können die Transaktionskosten tief gehalten werden. Entwicklungs- und Schwellenländer sind besonders stark vom Klimawandel betroffen und werden deshalb besonders von innovativen Lösungsmodellen (wie jene von SEEC CRIF) profitieren. Die Schweizer Versicherungs- und Rückversicherungsindustrie ist gut positioniert, innovative Lösungen für diese Länder zu entwickeln. ■

#### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Direktion für Entwicklung  
und Zusammenarbeit DEZA  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

**Redaktionelle Mitarbeit:**  
Michel Bühner, Antoinette Prince

**Layout:**  
Marc Dubois, Lausanne  
marc@mdvr.ch

**Übersetzung aus dem Französischen:**  
EDA

**Olivier Bürki**  
Leiter Abteilung Globale Institutionen DEZA  
olivier.burki@deza.admin.ch

**Patrick Egli**  
Stellvertretende Abteilungsleiter  
Globale Institutionen  
patrick.egli@eda.admin.ch

**Daniel Birchmeier**  
Leiter Sektion Multilaterale Zusammenarbeit SECO  
daniel.birchmeier@seco.admin.ch

**Philippe Sas**  
Stv. Leiter Sektion Multilaterale Zusammenarbeit SECO  
philippe.sas@seco.admin.ch